

DER GEGENANGRIFF HAT BEGONNEN: BESCHÄFTIGTE, GEWERKSCHAFTEN UND DER WIDERSTAND UNTER TRUMP

Von
Todd Brogan,
übersetzt von
Thomas Zimmermann

Mit Razzien gegen Migrant:innen, Massenentlassungen und einer Aushöhlung des Arbeitsrechts attackiert die Trump-Regierung die arbeitende Bevölkerung. Doch der Widerstand wächst und Gewerkschaften entwickeln sich zu einer bedeutenden Gegenkraft.

Was Arbeitnehmer:innen unter dem Deckmantel der Migrationskontrolle angetan wird, ist nur der gewalttätigste und sichtbarste Angriff des Staates auf die arbeitende Bevölkerung.

„Zum zweiten Mal in weniger als drei Wochen ist ein Mensch aus Minnesota durch die Hände von ICE ums Leben gekommen. Während die lokalen Behörden noch Informationen sammeln, wissen wir bereits, dass Alex Jeffrey Pretti, ein 37-jähriger Intensivpfleger im Veterans Affairs Hospital und Mitglied der American Federation of Government Employees (AFGE), tot ist. [...] Für Minnesotas ‚Workers of Color‘, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder ihrem Einwanderungsstatus, ist jeder Arbeitsweg, jeder Einkauf und jeder Schulweg zu einem echten Risiko geworden.“

Dies sind Auszüge aus einer Erklärung, die die Minnesota AFL-CIO, ein Gewerkschaftsdachverband auf Bundesstaatsebene, nach der Ermordung des Gewerkschaftsmitglieds Alex Pretti durch die Einwanderungsbehörden in Minneapolis-Saint Paul im US-Bundesstaat Minnesota veröffentlicht hat. Sie bezeugt, wie schnell sich die Bedingungen für amerikanische Arbeitnehmer:innen im Jahr 2026 verschlechtert haben und wie drastisch sich das Verhältnis zwischen den Menschen und ihren Institutionen gewandelt hat.

Migrationskontrolle als politische Waffe

Seit Jänner 2025 wurden 31 Menschen durch Schusswaffen von Einwanderungsbehörden verletzt, darunter mindestens fünf US-Bürger:innen. Acht Menschen wurden getötet, zwei von ihnen im Jänner 2026 in

Minnesota. Insgesamt wurden seit Beginn von Trumps zweiter Amtszeit fast 400.000 Menschen von der Einwanderungsbehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) festgenommen. 86 Prozent von ihnen haben keine Vorstrafen für Gewaltdelikte und 60 Prozent überhaupt keine Vorstrafen.

Unter den Inhaftierten waren und sind schwangere Frauen, Säuglinge, Einwohner:innen mit Green Card, US-Bürger:innen, amerikanische Ureinwohner:innen, US-Kriegsveteran:innen, Menschen, die fortlaufender medizinischer Behandlung bedürfen, sowie Personen, die zu vorgeschriebenen Terminen bei Einwanderungsbehörden erschienen waren. Ihre Haustüren wurden von Einsatzkräften ohne richterliche Anordnung oder offizielle Dienstabzeichen eingetreten, ihre Schulen und Arbeitsplätze von bewaffneten Männern in Sturmhauben durchsucht, Krankenhausflure von militarisierten Trupps ins Chaos gestürzt, Autofahrer:innen in unmarkierte SUVs gezerrt und ihre Fahrzeuge unbeaufsichtigt auf der Straße oder an Tankstellen zurückgelassen. Tausende von Inhaftierten werden derzeit in provisorischen Gefängnissen, Lagern und Lagerhäusern festgehalten, während ICE den Bau neuer Einrichtungen plant, in denen Tausende weitere untergebracht werden können.

Mehr als zwei Drittel der im Ausland geborenen Einwohner:innen der USA haben Jobs. Unter denjenigen ohne regulären Aufent-

Während immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen, sehen sich Arbeitnehmer:innen einer Welle von Einschnitten im ohnehin schon mageren Sozialsystem der USA gegenüber.

haltsstatus steigt diese Zahl sogar auf mindestens 75 Prozent. Präsident Trump will 15 bis 20 Millionen Menschen ausweisen – das ist zwei bis drei Mal mehr als die Anzahl der undokumentierten Beschäftigten in den USA (acht Millionen). Vizepräsident JD Vance behauptet, die hohen Wohnkosten in den USA seien eine direkte Folge der illegalen Einwanderung. In einem Atemzug beschuldigt die Regierung also Migrant:innen, als Trittbrettfahrer die Ressourcen der Sozialsysteme abzuziehen, und im nächsten, Arbeitsplätze zu stehlen und Einheimischen hohe Einkommen und Wohnungen wegzunehmen.

Was Arbeitnehmer:innen unter dem Deckmantel der Migrationskontrolle angetan wird, ist zwar der gewalttätigste und sichtbarste Angriff des Staates auf die arbeitende Bevölkerung. Es stellt jedoch nur einen Teil des Gesamtbildes dar.

Harte Kante gegen Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor

Eine von Trumps ersten Amtshandlungen nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus bestand darin, die Kollektivverträge mit den Gewerkschaften der Bundesbediensteten zu annullieren. Im öffentlichen Sektor wurden seit Beginn von Trumps zweiter Amtszeit mehr als 300.000 Beschäftigte entlassen, viele davon im Rahmen des sinnlosen, von Elon Musk angeleiteten DOGE-Debakels und andere in nachfolgenden Abfindungsrunden, „Personalreduzierungen“ und durch Zwangspensionierungen. Viele dieser Stellenstreichungen waren illegal und sind Gegenstand laufender Gerichtsverfahren.

Wie die AFL-CIO – der nationale Gewerkschaftsverband – angemerkt hat, wurden Beschäftigte entlassen, die für die Sicherheit von Lebensmitteln und Flugreisen, die Überwachung des Wetters und von Epidemien,

die Betreuung von Kindern und Veteran:innen, die Wartung von Atomkraftwerken und die Bewältigung von Naturkatastrophen verantwortlich sind. Betroffen sind zudem überproportional schwarze Arbeitnehmer:innen, die 20 Prozent der Bundesbediensteten ausmachen, verglichen mit 13 Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung.

Das „America-First“-Wirtschaftsprogramm hat auch den Privatsektor zu einem Aderlass bei den Arbeitsplätzen ermutigt. Ende 2025 standen 1,17 Millionen Beschäftigten Entlassungen bevor. Im vergangenen Jahr hat Amazon rund 30.000 Angestellte entlassen. UPS hat durch Entlassungen und Abfindungen fast 80.000 Arbeitsplätze gestrichen. Im Chemiesektor plant Dow Chemical den Abbau von 4.500 Arbeitsplätzen und begründet dies mit Automatisierung und KI.

Angriffe auf Sozialstaat und Arbeitsrechte

Während immer mehr Arbeitsplätze verloren gehen, sehen sich Arbeitnehmer:innen einer regelrechten Welle von Einschnitten im ohnehin schon mageren Sozialsystem der USA gegenüber. Obergrenzen, Kürzungen und Änderung der Anspruchsvoraussetzungen für Medicaid (die Krankenversicherung für Geringverdienende), Medicare (die Krankenversicherung für Senior:innen), Lebensmittelmarken und andere Programme werden Millionen von Menschen aus dem Sozialhilfesystem werfen. Die Folgewirkungen sind schwer zu quantifizieren, angefangen bei den Bundesstaats- und Gemeindehaushalten, die durch die Kostenverlagerung anwachsen, bis hin zu unzähligen Haushalten, die in Unsicherheit und Armut gestürzt werden.

Während man die Arbeitnehmer:innen mit diesem wirtschaftlichen Vorschlaghammer bearbeitet, werden zugleich strategisch die

Im Kern der Probleme amerikanischer Arbeitnehmer:innen liegt das Fehlen einer unabhängigen Politik der arbeitenden Klasse und einer groß angelegten Organisation der Beschäftigten.

überschaubaren Rechte untergraben, die ihnen das US-Arbeitsrecht gewährt. Trump hat Mitglieder des National Labor Relations Board (NLRB) unrechtmäßig entlassen und damit die Behörde, die das Arbeitsrecht im Privatsektor durchsetzt, für das gesamte Jahr 2025 effektiv neutralisiert. Inzwischen hat er sie mit gewerkschaftsfeindlichem Personal besetzt, das bereit ist, die bescheidenen Verbesserungen der Arbeitsrechtsaufsicht unter der Biden-Regierung rückabzuwickeln. Trump hat außerdem Wirtschaftsvertreter – darunter einen ehemaligen UPS- und Amazon-Manager – mit der Leitung der Behörde für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz OSHA betraut und auch andere ähnliche Behörden entkernt.

Im Rahmen neuer Überwachungs-Partnerschaften zwischen Strafverfolgungsbehörden und Unternehmen wie Palantir wird nun versucht, Aktivitäten zu unterdrücken und strafrechtlich zu verfolgen, die eindeutig durch den Ersten Zusatzartikel der US-Verfassung geschützt sind, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Palantir wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) 2025 zu einem der führenden Unternehmen gekürt, „die die Demokratie untergraben“.

„Wo ist die Opposition?“

Eine Frage, die in Europa immer wieder erklingt, während man den Zerfall der amerikanischen Demokratie und damit der Nachkriegsordnung beobachtet, lautet: „Wo ist die Opposition?“

Das zu beantworten heißt, zum Kern des Problems amerikanischer Arbeitnehmer:innen vorzudringen: dem Fehlen einer unabhängigen Politik der arbeitenden Klasse und einer groß angelegten Organisation der Be-

schäftigten. Die Demokratische Partei fungiert seit langem weniger als eine typische Parteiorganisation mit einem dynamischen und demokratischen Innenleben, sondern eher als ein Netzwerk von Berater:innen und Fundraiser:innen. Solange sie nicht die Interessen ihrer wohlhabenden Geldgeber:innen durch den progressiven Parteiflügel bedroht sieht, neigt sie zu gänzlicher Untätigkeit oder, wenn sie besonders energiegeladene ist, zu mahnenden Erklärungen über die Notwendigkeit von Normalität und überparteilichem Kompromiss.

Die Gewerkschaften sind seit Jahrzehnten in einer Beziehung mit der Demokratischen Partei gefangen, die von Nachlässigkeit geprägt ist. Weil sie im amerikanischen Zweiparteiensystem die einzige nicht offen gewerkschaftsfeindliche Partei ist, sehen sich Gewerkschaften gezwungen, Millionen von Dollar auszugeben, um Demokrat:innen in Ämter zu bringen. Diese haben aber im Gegenzug aber auf Bundesebene weder die Löhne angehoben, noch neue Arbeitsschutzgesetze erlassen oder die materiellen Verhältnisse der Gewerkschaftsmitglieder oder Arbeitnehmer:innen merkbar verbessert. Die Gegenreaktion der arbeitenden Klasse auf diesen Verrat befeuert zum Teil den Aufstieg der extremen Rechten mit ihren Versprechen, Rache an den Demokratischen Eliten zu üben. Innerhalb der amerikanischen Arbeiter:innenbewegung bestehen seit langem Spannungen zwischen denen, die mit diesen Geldern lieber weitere Branchen und Beschäftigte organisieren wollen, und denen, die solche Wahlkampfunterstützung als einziges Bollwerk gegen eine völlige Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Republikaner sehen.

Anfang 2025 waren die ersten Proteste gegen Trumps autoritäre Politik linksliberal

**Trumps Hand-
langer hatten
jedoch nicht
vorhergese-
hen, wie gut
organisiert
das Bündnis
zwischen den
Communities
und den Ge-
werkschaften
in Minnesota
inzwischen war.**

geprägt und unfokussiert. Netzwerke, die sich während Trumps erster Amtszeit gebildet hatten (wie der Women's March oder Indivisible), nahmen ihre Aktivitäten wieder auf, aber ihre Massenmobilisierungen zogen deutlich weniger Teilnehmer:innen an als 2017. Als Taktik wählten sie nicht eine einzige nationale Kundgebung, sondern mehr als 300 Kundgebungen in kleinen und großen Städten im ganzen Land. Darauf folgten weitere, etwas größere dezentrale Kundgebungen, deren Forderungen das gesamte Spektrum linksliberaler Anliegen abdeckten.

Erst unter dem Banner der weltweit beachteten „No-Kings“-Proteste vom Juni vergangenen Jahres rückte die Beteiligung von Gewerkschaften und ihren Mitgliedern stärker in den Mittelpunkt. Sie wurden von Mitgliedsorganisationen der AFL-CIO wie der American Federation of Teachers und den Communications Workers of America angeführt.

Amerikanische Beschäftigte hatten sich selbstverständlich von Anfang an gegen die Angriffe der Regierung gewehrt. Die AFL-CIO identifizierte frühzeitig drei Fronten der Auseinandersetzung: vor Gericht, im Kongress und in den Gemeinden. Die Branchengewerkschaften bekämpften Trumps Politik mit Klagen, während die AFL-CIO die Interessenvertretung im Kongress und in den Medien anführte, um Trumps Rückbau der Demokratie und seine drakonische „Big Beautiful Bill“ aufzuhalten.

Der wahre Kampf hat begonnen

Aber erst als Trumps Politik sich auf die Bankkonten, Schulen und Arbeitsplätze der durchschnittlichen Arbeitnehmer:innen auszuwirken begann, verlagerte sich der Widerstand von Gerichtssälen, Parlamenten und

vereinzelten Aktionstagen zu organisierten, breiten Protesten auf lokaler Ebene. Nirgendwo zeigte sich dies deutlicher als auf den Straßen der Stadt Minneapolis, die unter den Augen der Welt gewaltsam von ICE besetzt wurde.

Es war auch in Minneapolis, wo während Trumps erster Amtszeit im Jahr 2020 der Polizeimord an George Floyd die nationale Debatte über Rassismus und Polizeigewalt wiederbelebte, die 2014 mit der Black-Lives-Matter-Bewegung aufgekommen war. Seither hatten die Einwohner:innen, Arbeitnehmer:innen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Aktivist:innen von Minneapolis Erfahrung darin, gemeinsamen zivilen Widerstand verschiedenster Gruppen zu organisieren, aggressiven Sicherheitskräften entgegenzutreten und Bündnisse für Reformen auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene voranzutreiben.

Der jüngste Angriff auf die arbeitenden Menschen in Minnesota begann, als ein rechter Provokateur und Influencer in einem sensationsheischendes und leicht zu widerlegenden Enthüllungsvideo über somalische Migrant:innen das stark aufgeladene Thema Sozialbetrug aufgriff. In Minnesota lebt die größte somalische Gemeinschaft innerhalb der USA, von der 90 Prozent in den USA geboren oder eingebürgert sind. Die Regierung nutzte den aufkommenden rechtsextremen Wahn, um im Rahmen ihrer „Operation Metro Surge“ Tausende von ICE-Beamten nach Minneapolis zu entsenden.

Das Trump-Regime versuchte, mit einer perfekten medialen Inszenierung die zunehmende und gewaltsame Intervention der Bundesregierung in progressiv regierten Städten zu rechtfertigen: dunkelhäutige Migrant:innen, die Betrug begehen und

dabei von einem Demokratischen Gouverneur geschützt werden, der zudem bei den Präsidentschaftswahlen von 2024 der direkte Kontrahent von JD Vance war. Trumps Handlanger hatten jedoch nicht vorhergesehen, wie gut organisiert das Bündnis zwischen den Communities und den Gewerkschaften in Minnesota inzwischen war.

Eskalierende Gewalt und die Macht der Gemeinschaft

Fast sofort schritten Arbeiter:innen und Nachbar:innen zur Tat; kleine Community-Organisationen, Kirchen, Moscheen und Gewerk-

schaften fungierten als Koordinatoren, Organisatoren, Mobilisierer, Spendensammler und Zeugen. Mit bewährten Organising-Taktiken schulten sie einander zu Tausenden darin, wie man die Handlungen der Bundesbeamten verfolgt und deren Vergehen dokumentiert. Sie richteten verschlüsselte Messaging-Netzwerke auf Apps wie Signal ein. Sie organisierten gegenseitige Hilfs- und Schutzdienste, um Migrant:innen, die sich in ihren Häusern oder an sicheren Orten versteckten, mit Lebensmitteln, Hausaufgaben und Medikamenten zu versorgen. Angestachelt von den rechten Medien und dem Weißen Haus wurden die Einsatzkräfte gleichzeitig in ihren Interaktionen mit der Öffentlichkeit zunehmend undiszipliniert und gewalttätig.

Bevor die
Argumente
ausgehen.



A&W
blog

awblog.at

Am 7. Jänner 2026 erschossen ICE-Beamte Renee Good, eine Mutter und US-Bürgerin, die während eines chaotischen Einsatzes versuchte, mit dem Auto vor den Einsatzkräften zu fliehen. Sogleich versuchte die Propagandamaschine der Bundesregierung, sie als gewalttätige inländische Terroristin darzustellen, was jedoch durch mehrere Videos von Umstehenden schnell widerlegt wurde. Eine Woche später wurde Julio Cesar Sosa-Celis, ein Migrant aus Venezuela, durch seine Haustür von Beamten angeschossen, nachdem er vor einer Kontrolle geflohen war. Auch in diesem Fall versuchte die Regierungspropaganda, Sosa-Celis und seine Freunde als gewalttätige Kriminelle darzustellen, die die Einsatzkräfte angegriffen hatten – eine Behauptung, die inzwischen durch Beweisvideos ausgeräumt wurde. Das Department of Homeland Security gestand seither ein, dass die Beamten unter Eid gelogen hatten.

Gewerkschaften im Mittelpunkt

Am 23. Jänner marschierten Berichten zufolge 50.000 Menschen bei Temperaturen

Am 23. Jänner marschierten 50.000 Menschen bei Temperaturen von –29 Grad Celsius für den „ICE Out of Minnesota-Day“ durch die Innenstadt von Minneapolis.

von –29 Grad Celsius für den „ICE Out of Minnesota-Day“ durch die Innenstadt von Minneapolis (ICE raus aus Minnesota-Tag). Sie forderten, dass ICE aus dem Bundesstaat abzieht, Goods Mörder strafrechtlich verfolgt wird und der Kongress die Finanzierung von ICE stoppt. Die Gewerkschaften spielten bei der Organisation eine zentrale Rolle. Zu den Redner:innen der Kundgebung gehörten die Vorsitzenden der großen lokalen Gewerkschaften SEIU, AFT und CWA.

Am selben Morgen organisierten Geistliche eine große Sitzblockade am Minneapolis-St. Paul International Airport, um von den Fluggesellschaften zu fordern, keine Abschiebeflüge mehr durchzuführen. Zu den mehr als 100 Geistlichen gesellten sich 1.000 weitere Menschen, die unter anderem Plakate mit Bildern von Gewerkschaftsmitgliedern der UNITE HERE Local 17 hochhielten, die von den Einwanderungsbehörden festgenommen worden waren. Das Geschehen in der Stadt kam beinahe einem Generalstreik gleich: Aus Solidarität schlossen Restaurants für den Tag. Gewerkschaften verschiedener Branchen fanden kreative Wege, um Streikverbotsklauseln in Kollektivverträgen zu umgehen und ihre Arbeitgeber dazu zu zwingen, geschlossen zu bleiben. Beschäftigte nahmen Krankheits- oder persönliche Freistellungstage in Anspruch; Berichten zufolge meldeten sich Tausende krank.

Gleich am nächsten Tag richteten Einsatzkräfte der Zoll- und Grenzschutzbehörde CBP auf offener Straße das Gewerkschaftsmitglied Alex Pretti hin. Sie schossen ihm in den Rücken, als er versuchte, einen Nachbarn zu schützen den die Beamten auf die Straße gestoßen hatten.

Gewählte Vertreter:innen der Demokraten in Minnesota – und sogar einige Republikaner

– spielten offenbar eine lobenswerte Rolle in der Unterstützung ihrer Communities. Aber ein Aktivist aus der ersten Reihe wies mich darauf hin, dass dieselben Demokraten jeden Abend die Polizei schickten, um die Demonstrierenden von den Straßen zu vertreiben: „Wir kämpfen den ganzen Tag gegen die Bundesbehörden, und dann kämpfen wir nachts gegen die Demokraten.“

Erst nach bundesweiter Berichterstattung änderte die Trump-Regierung widerwillig und stillschweigend ihren Kurs, reduzierte die Zahl der Einwanderungsbeamten in Minnesota und riet von aggressiven Taktiken ab. Die arbeitende Bevölkerung Minnesotas hat diese Runde gewonnen, aber sie ruhte sich nicht darauf aus. Viele gehen davon aus, dass der Abzug der Kräfte und die Änderung der Taktik nur vorübergehend sind – ein Trick, um die Medienaufmerksamkeit zu zerstreuen, während die Jagd auf Migrant:innen im Stillen weitergeht. Andere konzentrieren sich nun darauf, die Beamten zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen, die für die Morde an Good und Pretti, den Schuss auf Sosa-Celis und die Tausenden von dokumentierten Übergriffen auf Demonstrant:innen und Anwohner:innen verantwortlich sind.

Die Aufgabe, vor der wir stehen

Der bevorstehende Weg ist steinig. Die Gewerkschaftsdichte in den USA ist seit Jahrzehnten rückläufig. Die Demokratische Partei konzentriert sich weiterhin mehr darauf, Erwartungen zu dämpfen und Aktivist:innen zu disziplinieren, als einen linken Wirtschaftspopulismus als Gegenkraft aufzubauen. Unterdessen marschiert die extreme Rechte weiter durch und setzt ihre seit vierzig Jahren mit großer Disziplin verfolgte Mission fort: Sie infiltrieren juristische Fakultäten und Gerichte, und bauen ein

**Ein Angriff auf
eine:n ist ein
Angriff auf Alle.**

Multimedia-Imperium auf. Sie sichern sich die Unterstützung der Konzerne durch Deregulierung und Kürzungspolitik, untergraben das Vertrauen in die Zuverlässigkeit von Wahlen und kriminalisieren oder diskreditieren Aktivist:innen, NGOs, Gewerkschaftsführer:innen und alle Institutionen, die die Äußerung von Ideen zulassen, die dem MAGA-Weltbild widersprechen.

Doch dank Minnesota, dank der engagierten Arbeit zum Aufbau kämpferischer Gewerkschaften und zur Bildung von Bündnissen auf Gemeindeebene, besteht neue Hoffnung und Entschlossenheit. Stand 2024 sind etwa 8 Prozent der im Ausland geborenen Arbeitnehmer:innen Gewerkschaftsmitglieder, verglichen mit 9-10 Prozent der in den USA geborenen Amerikaner:innen. Daher interpretiert die Arbeiter:innenbewegung in Minnesota und im ganzen Land die Maßnahmen der Bundesregierung gegen migrantische Beschäftigte zu Recht als Maßnahmen gegen Gewerkschaftsmitglieder insgesamt. In der Tat, ein Angriff auf eine:n ist ein Angriff auf alle.

Ein Bündnis von lokalen und bundesweiten Gewerkschaften versucht derzeit, ihre Kollektivverträge so aufeinander abzustimmen, dass alle 2028 auslaufen und damit die Chance für branchenübergreifenden Streiks bieten. Branchengewerkschaften und unab-

hängige Strukturen wie die Democratic Socialists of America, das Emergency Workplace Organising Committee, die Inside Organizer School und Dutzende von lokalen Initiativen, die von Glaubensgemeinschaften und Gewerkschaften angeführt werden, schulen Menschen in den Grundlagen des gewerkschaftlichen bzw. Community-Organisings, der schnellen Reaktion und der gegenseitigen Hilfe.

Der eigentliche Gegenangriff scheint zu beginnen, und zwar an der Basis: In den Nachbarschaften, in den Schulen und an den Arbeitsplätzen, wo es lange an Demokratie gefehlt hat und wo über ihre Zukunft entschieden wird.

Todd Brogan ist US-amerikanischer Gewerkschafter, der in Minnesota geboren und aufgewachsen ist. Derzeit ist er als Direktor für Kampagnen und Organisation beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) in Brüssel tätig.



BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE



Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.